

20.04

Abgeordneter Gerhard Schmid (ohne Klubzugehörigkeit): Herr Präsident! Herr Minister! Zum Thema Arbeitsmarktöffnung für Asylwerber: Nach einer Fehleinschätzung der Bundesregierung stellte der Zuzug von fremden und asylwerbenden Personen auf dem heimischen Arbeitsmarkt eine Bereicherung dar.

Die Realität erfordert jedoch eine nüchterne, sachliche Einschätzung. Faktum ist eine stetig steigende, zunehmende Zahl heimischer Arbeitsloser, welche einen Höchststand erreicht hat und auch einem Höchststand an Beschäftigten gegenübersteht. Die wirtschaftliche Lage Österreichs ist jedoch als stagnierend zu bezeichnen.

Asyl stellt kein Recht auf Dauer dar. Personen mit Asylstatus genießen den rechtlichen Anspruch analog österreichischen Staatsbürgern, sodass sich die Frage der Arbeitsmarktöffnung lediglich für Asylwerber stellt.

Wurde und wird seitens der Bundesregierung und der Grünen ein hoher Bildungsgrad asylwerbender Personen argumentiert, welcher für die österreichische Wirtschaft erforderlich wäre, stellt sich nun das Gegenteil heraus. Ausbildungsmängel gegenüber dem Ausbildungsstand heimischer Arbeitnehmer sowie sprachliche Problemstellungen erfordern mehrere Jahre einer Angleichung; auszugehen ist von zirka sieben bis acht Jahren.

Sowohl für Asylwerber als auch für asylberechtigte Personen ist der finanzielle Aufwand durch den Steuerzahler zu berücksichtigen und nicht mehr nachvollziehbar.

Unbestritten ist, dass Beschäftigung einen günstigen Einfluss auf die Integration Fremder darstellt, ein Arbeitsverhältnis in der Privatwirtschaft unter diesen Voraussetzungen jedoch kaum möglich ist. Es ist zu erwarten, dass die Zahl asylwerbender Personen nach den Wintermonaten wieder zunimmt, sodass das Problem kurzfristig national in Österreich zu lösen sein wird.

Oberstes Gebot der Bundesregierung hat die Sicherheit zu sein, und dazu gehört auch, Arbeitsplätze für die österreichische Bevölkerung sicherzustellen. Der Politik offener Grenzen sowie eines freien Arbeitsmarktzuganges für Asylwerber ist eine klare Absage zu erteilen. – Danke. *(Beifall des Abg. Peter Wurm.)*

20.06

Präsident Ing. Norbert Hofer: Zu Wort gelangt jetzt Herr Abgeordneter Ing. Vogl. – Bitte.